

# Betteln in Brüssel

Nach hundert Tagen im Amt hat Mitte-Bundesrat Martin Pfister bereits kapituliert. Der VBS-Chef will die Rüstungsbeschaffung nach Brüssel outsourcen und hofft dabei, vom 800-Milliarden-Euro-Aufrüstungsprogramm der EU zu profitieren.

David Biner

Bern

**M**artin Pfister ist wie Indiana Jones. Unter jedem Stein, den der Mitte-Bundesrat im Verteidigungsdepartement (VBS) aufhebt, kommt Ungeziefer hervor, Todesfallen, Skelette, Grausiges. Allein bei der Räumung des Munitionslagers Mitholz sowie der Beschaffung des F-35, zwei einstigen Vorzeigeprojekten seiner Vorgängerin Viola Amherd, wird die Eidgenossenschaft wohl rund 2,5 Milliarden mehr ausgeben als nötig – mindestens. Dazu kommt der Schaden des mutmasslichen Ruag-Betrügers, die Verzögerungen bei den Patriot-Systemen, bei den Hermes-Drohnen, wo man bereits Abermillionen ausgegeben hat; und Ähnliches mehr. Martin Pfister und der VBS-Tempel des Todes – dieses Abenteuer dauert erst etwas mehr als hundert Tage.

Die unzähligen Fährnisse im Departement waren innerhalb der Mitte-Fraktion ganz offensichtlich bekannt. Anders ist es nicht zu erklären, dass so viele mögliche Kandidaten und alle unmöglichen Kandidatinnen reihenweise absagten. Kein Politiker dürfte diesen Sommer mehr geniessen als Markus Ritter, Pfisters unterlegener Konkurrent um das Amt. Der langjährige Bauernpräsident hat dem Parlament versprochen, das VBS auszumisten, doch die Linke und die FDP waren dagegen. Sie wollten nur eins: Kontinuität im EU-Dossier. Euro-Turbo Pfister war der Kandidat, der ihnen versprach, Amherds Brüssel-Kurs zu halten.

## Ein weiteres EU-Abkommen

Wenige Monate nach Amtsantritt zeigt sich: Pfister hält sein Versprechen, steht seiner Vorgängerin in Sachen EU in nichts nach. Von den geerbten Missständen und von den ganzen Problemen überrollt, ging er in den letzten Wochen nicht auf Distanz zu Amherd, sondern holte ihre politischen Inhalte aus der Zwischenablage. Die von Amherd vorangetriebene EU-Anbindung wird von Pfister weiterverfolgt. Der neue Mitte-Bundesrat auf Mission Control-C (C für *copy* wohlgermerkt).

Der frühere Zuger Regierungsrat hat nicht nur mitgeholfen, die Kantone zu canceln, indem er



*Ein echter Teufelskerl, oder?:*  
Bundesrat Pfister.

sich gegen das Ständemehr bei der EU-Abstimmung aussprach. Er flankiert die EU-Verträge seit einigen Wochen nun auch mit symbolträchtigen Entscheiden, die eine zugeneigte Signalwirkung entfalten sollen. Pfister macht die Sicherheitspolitik zu einem weiteren Abkommen mit Brüssel. Hat es noch Platz im Vertragspaket? Zumindest ein paar Absichtserklärungen können da nicht schaden.

Natürlich sind Pfisters EU-Bestrebungen im Sicherheitsbereich allesamt «rechtlich unverbindlich», selbstverständlich «mit der Neutralität vereinbar». Und natürlich hat der Bundesrat das irgendwann in einem Bericht

oder in dessen Anhängen irgendwo schon mal festgehalten. So beteuert es zumindest die grösste Inlandredaktion der Schweiz, die Kommunikationsabteilung des VBS mit ihren fast hundert Vollzeitstellen, in ihren Medienmitteilungen und Stellungnahmen.

«Es entstehen keine rechtlichen oder finanziellen Verpflichtungen oder Abhängigkeiten für die Schweiz», schrieb das VBS auch für die Sondierungsgespräche, die der Bundesrat nach den Sommerferien mit Brüssel beginnt. Das mag für die Gespräche gelten, aber nicht für das, was danach kommt. Es geht um eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft mit der EU. Und einigermassen erstaunt hält

*Todesfallen, Skelette, Grausiges:*  
*Martin «Indiana Jones» Pfister*  
*und der VBS-Tempel des Todes.*

man fest: eine sicherheitspolitische Partnerschaft mit Brüssel während eines andauernden Kriegs in Europa, die nichts kosten, nicht verbindlich und sogar mit der Neutralität vereinbar sein soll – ein echter Teufelskerl dieser neue Mitte-Bundesrat, oder?

Bei genauerem Hinsehen fällt aber auf, dass Pfister viel schneller und viel blinder nach Brüssel marschiert, als man dies befürchten konnte. Bei der geplanten Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft mit der EU greift er einer Motion der nationalrätlichen Sicherheitskommission vor. Das Parlament hat über den Vorstoss, der von SP-Nationalrat Fabian Molina initiiert wurde und der vom Bundesrat ein EU-Abkommen im Bereich Sicherheit verlangt, noch gar nicht abgestimmt. Die Motion wird wohl frühestens in der Dezembersession Ende Jahr überwiesen. Doch Pfister will den Entscheid des Parlaments gar nicht erst abwarten. Es müsse jetzt rasch gehen, heisst es aus dem VBS. Pfister wolle unbedingt auf den Rüstungs-express der EU aufspringen.

Dieser heisst Security Action for Europe (Safe) und ist Teil des von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigten Auf-

rüstungsplans «Rearm Europe». Bis 2030 will Brüssel 800 Milliarden Euro für Rüstungsprogramme aufbringen. Doch schon bis Ende Jahr müssen die EU-Staaten ihre Beschaffungsprojekte definieren, um in Brüssel das Geld dafür abholen zu können. Dieses kurze Zeitfenster gelte es unbedingt zu nutzen, um sich kurzfristig eine Beteiligung an den Beschaffungen zu sichern, heisst es im VBS weiter.

### EU-Turbo berät EU-Turbo

Wie viele Milliarden man nach Brüssel schicken will, weiss man nicht. Im VBS spielt man sogar mit dem Gedanken, den umgekehrten Weg einzuschlagen und in Brüssel betteln zu gehen. Die Schweiz könne bei gemeinsamen Rüstungsbeschaffungen teilnehmen, «welche durch Kredite des neugeschaffenen Instruments Safe finanziert werden», heisst es in einem internen VBS-Dokument. Pfister macht die hohle Hand und hofft, dass von den 800 Milliarden Euro etwas für die Schweiz abfällt. Man müsse zuerst die Partnerschaft mit der EU abschliessen, bevor man entscheide, «ob und in welcher Form sich die Schweiz am Finanzierungsinstrument Safe beteiligt», heisst es offiziell beim VBS.

Wie dem auch sei: Pfister will die Aufrüstung der Schweizer Armee nach Brüssel outsourcen – das ist nach den ganzen peinlichen Beschaffungs-pannen ein Arbeitsunfähigkeitszeugnis für Armasuisse, aber auch für das ganze VBS, wie es Amherd hinterlassen hat. Wir können es nicht und wollen auch nicht so viel Geld ausgeben, also soll es die EU machen – so zumindest sieht die ganze Übung aus. Pfister hat in seinen ersten hundert Tagen im Amt bereits kapituliert.

Wichtig sei derzeit das politische Signal nach Brüssel, heisst es derweil im VBS. Der Hintergrund: EU-Vertreter hätten bei «informellen Gesprächen» gegenüber der Schweizer Mission in Brüssel deutlich gemacht, dass man sich eine klare Kommunikation aus Bundesbern wünsche, was eine mögliche Partnerschaft in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung angehe.

Pfisters neue persönliche Mitarbeiterin, Valériane Michel, dürfte ihren Chef auf diese Befindlichkeiten der EU-Funktionäre hingewiesen haben. Noch bis Juni war sie selbst Geschäftsleitungsmitglied der Schweizer Mission in Brüssel und dort auch mit Fragen zur Sicherheitspolitik vertraut. Pfister holte Michel aus Brüssel, nicht aber Brüssel aus Michel. Wenn EU-Turbos EU-Turbos beraten, denkt dann noch jemand an die Interessen der Schweiz? Pfisters devote Betteloffensive nach Brüssel ist der vorläufige Tiefpunkt der Schweizer Sicherheitspolitik unter Mitte-Führung.

Eine Kurzversion, was bisher geschah: Mitbeständerätin und Sicherheitspolitikerin Andrea Gmür hatte dafür gesorgt, dass die linke Korrektur-Initiative in einem Gegenvorschlag noch weiter verschärft und die Schweizer Waffenexporte dadurch massiv eingeschränkt wurden.

## VERTEIDIGUNG

# Freie Fahrt für Nato-Truppen? Schweiz demontiert Sperrstellen

Inmitten steigender militärischer Gefahren baut die Schweiz weiter ihre Kampfinfrastruktur ab. Dazu zählen sogenannte Sperrstellen mit Sprengsätzen auf den wichtigsten Einfallssachsen sowie die Festungsartillerie. So wurden und werden etwa die Sperrstellen auf der A13 zwischen Haag und Trübbach im St. Galler Rheintal demontiert. Dazu wird die Autobahn jeweils über Wochen auf eine Spur verengt, ohne dass der ahnungslose Autofahrer wüsste, was hier passiert.

Die Sprengschächte sind gemäss Armee-kennern bis mehrere Meter tief einbetoniert, mit quadratischen Deckeln versehen und stehen senkrecht in der Fahrbahn. Zum Ausbau muss der ganze Betonblock herausgemeisselt und mit normalem Fahrbahnunterbau aufgefüllt und asphaltiert werden. Oft schliessen sich Gräben und Panzersperren daran an.

### Haupteinfallssache Ost

Dieser Abbau provoziert Fragen, insbesondere auch deshalb, weil es sich auf dem beschriebenen Abschnitt um die Haupteinfallssache Ost handelt – und weil Bundesrat und Verteidigungsdepartement (VBS), jüngst etwa der Nachrichtendienst des Bundes in seinem aktuellen Lagebericht, nicht müde werden, zu betonen, dass die grösste Sicherheitsgefahr für die Schweiz aus ebenjenem Osten, aus Russland, komme.

Dieser immanente Widerspruch führt auf eine andere Fahrte: Könnte der Abbau der Kampfinfrastruktur speziell auf den Einfall- und Transitachsen vielleicht auch mit der forcierten Annäherung an die Nato und die EU zusammenhängen? Auch wenn dies nicht eindeutig zu beweisen ist, dürfte die komplette Desarmierung des Schweizer Sprengdispositivs und der Sperrstellen durchaus mit der militärischen

Schengen-Zone in Verbindung stehen. Die sicherheitspolitische Realität ist jedenfalls weit weg vom «souveränen Staat», der «alleine entscheidet, mit welchen Mitteln er seinen Schutz sicherstellt», wie der Bundesrat bereits im Dezember 2014 in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage zur vorsätzlichen Demontage der militärischen Infrastruktur glauben machen wollte.

### Armee-Insider: «selbstsabotierend»

Im Sinne einer Verteidigungsleistung für das eigene Land seien diese Massnahmen geradezu «selbstsabotierend», sagen Armee-Insider. Umso mehr würden sie aber zum strategischen Mantra von Bundesrat und VBS passen, die Armee Nato- und EU-kompatibel zu machen, insbesondere was die Permanent Structured Cooperation (Pesco) der Europäischen Union betrifft, die ausdrücklich auf die militärische Mobilität zwischen den Mitgliedsstaaten ausgerichtet ist. Werden die Sprengstellen also ausgebaut, damit EU- und Nato-Truppen freie Bahn haben?

Auf die hier aufgeworfenen Fragen konnte das VBS auch wegen Ferienabwesenheiten vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe nicht antworten. Dokumentiert sind die Abbaupläne jedoch im sogenannten Stationierungskonzept im Rahmen des Reform- und Abbauschriffs Weiterentwicklung der Armee, in dem es heisst, damit gehe «eine deutliche Reduktion des Kernbestands der Infrastruktur einher». Zudem werde «auf die gesamte Kampfinfrastruktur (Sperrstellen und Festungsartillerie)» im Rahmen der konventionellen Verteidigung «verzichtet». Militärisch hat diese vorsätzliche Schwächung der Verteidigungsfähigkeit definitiv wenig Sinn.

*Philipp Gut*



*Vorsätzliche Schwächung der Schweiz: deutsche Bundeswehrpanzer.*

Als kurze Zeit nach diesem Entscheid die Russen in der Ukraine einmarschierten, merkten die Mitte-Frauen um Amherd und Gmür plötzlich, dass sie Partnerländern verbieten müssen, einst in der Schweiz gekauftes Kriegsgerät an die Ukraine weiterzugeben. Dadurch geriet die Schweiz, allen voran Amherd, international in die Kritik, was die VBS-Chefin wiederum dazu brachte, die bewaffnete Neutralität zu demolieren.

### Ami-Bashing während Zollstreit

Aus schlechtem Gewissen heraus, nicht auf der guten Seite zu stehen und den Ukrainern nicht helfen zu können, schloss sich der Bundesrat den EU-Sanktionen gegen Russland an. Gleichzeitig liess die VBS-Chefin, die eigentlich für die Sicherheit der Schweiz zuständig gewesen wäre, anderen Ländern mehrfach den Vortritt bei Rüstungsbeschaffungen. Bereits bestellte Panzerabwehrwaffen überliess man Grossbritannien, auch mit den Deutschen hat man Liefertermine für ähnliche Waffen abgetauscht. Dazu verkaufte man den Nachbarn im Norden Panzer des Typs «Leo 1» sowie «Leo 2». Amherd betrieb den Ausverkauf der Landesverteidigung – alles muss weg.

Heute ist man plötzlich erstaunt, dass die USA die Schweiz auf die Warteliste setzen, um die bestellten Patriot-Systeme zuerst an die EU-Länder zu verkaufen. Mit dem verschärften Waffenexportgesetz kurz vor Kriegsbeginn haben die Mitte-Frauen dem hiesigen Rüstungsstandort Schweiz schwer geschadet. Und um diesen Fehler zu korrigieren, macht Pfister nun den nächsten, indem er sich Brüssel anbietet. Ebenfalls kurz vor den Sommerferien hat er auch eine neue Rüstungsstrategie verabschiedet, die vorsieht, künftig Rüstungsgüter vor allem aus der EU, dafür weniger von den USA zu kaufen. Doch damit nicht genug Ami-Bashing.

Als Pfister der verwunderten Schweiz beichten musste, dass es sich beim angeblichen Fixpreis für die F-35-Flieger um ein «Missverständnis» handle, liessen seine Leute durchblicken, dass die Amerikaner keine vertrauensvollen Partner seien. Dabei hat die Eidgenössische Finanzkontrolle unter dem damaligen Chef Michel Huissoud, als Anarchist wohl nicht gerade ein Ami-Freund, schon vor Jahren klargemacht, dass das Missverständnis allein bei den Schweizern liege.

Ob es klug war seitens Pfister, so demonstrativ zur militärischen Weltmacht auf Distanz zu gehen und sich auf die Seite der EU zu stellen just in der heissen Phase, in der Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter und Wirtschaftsminister Guy Parmelin mit den Amerikanern über Zölle verhandelten? Bis jetzt hat der Bundesrat den Konnex zwischen der Rüstungspolitik und den Zollverhandlungen mit den USA immer verneint. Die Schweiz hätte gute Chancen gehabt, tiefere US-Zölle als die EU zu bekommen. Wenn das in die Hosen geht, gäbe es im VBS schon einen weiteren Stein, den man mal anheben müsste.

# Ist J. D. Vance katholischer als der Papst?

Das Gleichnis vom barmherzigen Samariter und die Frage, wer eigentlich dieser «Nächste» ist, den wir lieben sollen.

Claudio Zanetti

Am 29. Januar 2025 führte der designierte amerikanische Vizepräsident J. D. Vance in einem Interview mit dem Nachrichtensender Fox News aus, es entspreche christlicher Auffassung, dass man seine Familie liebe, dann seinen Nächsten, seine Gemeinschaft, seine Mitbürger, schliesslich den Rest der Welt. Er fügte an: «Ein Grossteil der extremen Linken hat das völlig umgekehrt.»

Zwar dürfte Papst Leo XIV. schwerlich der extremen Linken zuzuordnen sein, aber auch er sieht es umgekehrt. Noch als Kardinal widersprach er Vance öffentlich auf X: «J. D. Vance liegt falsch: Jesus verlangt von uns nicht, unsere Liebe zu anderen abzustufen.»

### Schweigen zum Holocaust

Am 13. Juli nahm das Oberhaupt der katholischen Kirche das Thema im Rahmen seiner Predigt während des Sonntagsgottesdienstes in Castel Gandolfo erneut auf. Das berühmte Gleichnis vom barmherzigen Samariter, so Leo XIV., stelle bis heute ein bequemes, rein äusserliches Religionsverständnis in Frage. Entscheidend sei der Blick auf den Anderen und wie dieser Blick das eigene Herz verändere. Die christliche Barmherzigkeit beginne nicht mit Kriterien der Zugehörigkeit, sondern mit der Bereitschaft, sich innerlich berühren zu lassen.

Ohne, wie sein Vorgänger Franziskus, Migranten, Flüchtlinge und andere Menschen in Not explizit zu erwähnen, betonte Leo XIV., dass

Jesus durch das Gleichnis vom barmherzigen Samariter zeige, dass jeder Mensch in Not – unabhängig von Herkunft oder Glauben – als «Nächster» zu betrachten sei.

Wenn dem so ist, warum schwieg die Kirche zum Holocaust? Warum trat sie dem verbrecherischen Naziregime nicht entschlossener entgegen? Sie tat es, weil sie die Lage der Kirche und der Katholiken im deutschen Einflussbereich nicht noch weiter verschlechtern wollte.

Der britische Historiker Ian Kershaw hält in seinem Werk «Höllentanz: Europa 1914 bis 1949» fest: «Anschuldigungen der Art, Papst Pius XII. sei «Hitlers Papst» gewesen, herzlos gegenüber dem Schicksal der Juden, tatenlos, weil er selber eingefleischter Antisemit gewesen sei, sind allerdings abwegig. Ingeheim unterstützte er den deutschen Widerstand gegen Hitler im Jahr 1939, liess den Westalliierten 1940 Informationen zum Datum des deutschen

*«Jesus verlangt von uns nicht, unsere Liebe zu anderen abzustufen», sagte Leo XIV. noch als Kardinal.*

Angriffs im Westen zukommen, arrangierte Lebensmittellieferungen für die hungernden Griechen, rief eine Organisation zur Flüchtlingshilfe ins Leben und blieb auch im Hinblick auf die Judenverfolgungen keineswegs untätig. Die Sorge jedoch, die ihm über alles ging, war der Schutz der Kirche. Wie Benedikt XV. sah er sich als Friedensstifter, als Verteidiger des Katholizismus vor allem gegen den atheistischen Kommunismus, und versuchte entsprechend, durch stille Diplomatie hinter den Kulissen zu wirken.»

Was die Kirche in den dunklen Jahren des Dritten Reiches tat, entspricht genau der Haltung von J. D. Vance. Neben der reinen Lehre gibt es auch die tatsächliche Verantwortung für seine Umgebung oder für sein Land. Zumindest in der Praxis ist Vance wohl katholischer als der Papst.



*Bereitschaft, sich innerlich berühren zu lassen: Familie Vance in Indien.*